

ZUM STAND DER DEUTSCH - ISRAELISCHEN BEZIEHUNGEN

HANS KOSCHNICK

Ich will über den Stand der deutsch-israelischen Beziehungen Auskunft geben und zugleich reflektieren, was besonders uns Deutsche bei den jetzigen Prozessen im Nahen Osten bewegt - und zwar nicht nur aus aktuellen Gründen, sondern aus geschichtlicher Verantwortung heraus. Es gibt eine historische Dimension des deutsch-israelischen Verhältnisses, die auch das einschließt, was die Menschen, die durch deutsche Schuld gelitten haben, von uns erwarten können. Ich will es mit dem Begriff „Wiedergutmachung“ umschreiben, obwohl ich weiß, daß er in dreifacher Weise falsch ist.

Das Schreckliche, was geschehen ist, kann man nicht wiedergutmachen. Wir können nur denjenigen helfen, die gelitten haben und *den* Staat unterstützen, der Refugium für die bedrängten Juden in der ganzen Welt geworden ist. Darüber hinaus ist es wichtig aufzuzeigen, in welcher Situation sich Israel und seine arabischen Nachbarn heute befinden, um daraus unsere Beziehungen im Kontext mit den aktuellen Entwicklungen abzuleiten.

Wer in der Geschichte nachfragt, um das christlich-jüdische Spannungsverhältnis zu begreifen, wird um einige Überlegungen nicht herumkommen. Da wurde jemand, den die Christen als „Gottes Sohn und Mensch“ bezeichnen, vor fast 2.000 Jahren im jüdischen Volk geboren; er lebte im jüdisch-theologischen Verständnis aus und nach dem Gesetz und wurde nach römischem Recht als Hochverräter gerichtet, allerdings auf Forderung des jüdischen Establishments. Seine Jünger waren Juden, und er berief sich immer auf die Gebote, die wir in den fünf Büchern Mose finden; er hat sie im christlichen Verständnis aktualisiert, konkretisiert und auf einen inhaltlichen Nenner gebracht: Die Verehrung des Herrn und die Liebe zum Nächsten - im Gegensatz zu einer rein rechtlich fixierten Gebotserfüllung. Der Gerechte im jüdischen Glauben war der, der dem Gesetz folgte. Gerechtigkeit definierte sich nicht aus dem Mitmenschlichen, sondern aus dem Befolgen der Gebote: Wenn du sie einhältst, mußt du selbstverständlich im eigentlich humanistischen Sinne die Liebe Gottes an den Mitmenschen weitergeben.

In der Diskussion „Altes und Neues Testament im christlichen Sinne“, der Debatte um das Gesetz und der Streitfrage zwischen Juden und Christen: War Jesus Christus der Messias oder nicht?, gab es sehr unterschiedliche Entwicklungen. Am Anfang fungierte ganz selbstverständlich die jüdische Gemeinde als Zentrum des christlichen Glaubens; sie subsumierte seit Paulus auch die griechisch, später römisch orientierten Bürger, die sich um das Christentum bemühten. Die Gruppierungen, die so entstanden, galten im römischen Staatsverständnis als jüdische Religionsgemeinschaften oder Seiten. Bereits vor Konstantin aber wußte man um die allumfassende gemeinsame Vorstellung vom Wesen und Wirken Gottes und seines Sohnes, getragen, geprägt durch den Heiligen Geist.

Klar war, daß das Gesetz nicht verändert, sondern mit Leben und mit Liebe erfüllt werden sollte. Aber sehr bald zeigte sich - besonders, nachdem das Christentum im Römischen Reich Staatsreligion geworden war - daß sich das Spannungsverhältnis zwischen Altem und Neuem Testament zu einem Gegensatz auswuchs und der Schwächere, das heißt in diesem Fall: der zahlenmäßig Unterlegene, vieles erdulden mußte. Es handelte sich um die jüdischen Mitbürger, die am Glauben ihrer Väter festhielten; die in der ganzen Welt in Vereinzelung standen, vor allem nach der Zerstörung Israels im Jahre 72. Sie suchten und hofften, durch Bewahren dessen, was ihnen überliefert war, den Heilsprozeß für sich zu entscheiden, das heißt fruchtbar zu machen; dagegen standen die Christen, die in der neuen Position des einerseits Opfer tragenden und andererseits überaus einflußreichen Religionsverbandes den Staat nach ihren Vorstellungen zu formen suchten. Und immer wieder in der Geschichte, ungefähr im Abstand von jeweils 500 Jahren, erleben wir ein Aufeinanderzugehen, ein Gegeneinanderstehen, Vernichtung, Tod und Mord. Die Kreuzzüge sind nur *ein* Beispiel dafür. Sie wirkten bis nach Erfurt hinein; auch hier wurden jüdische Gemeinden zerstört. Am schlimmsten aber war das, was sich, ausgehend von einer bitteren, einseitigen christlichen Seite und Teilen der Kirche als Anti-Judaismus auswirkte.

Ich habe vor kurzem - bei einer Ausstellung eines Malers, der sich mit dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee beschäftigt, auf eine kleine Broschüre hingewiesen, die Heinrich Böll für die Aktion Sühnezeichen verfaßt hatte. Er schreibt über den Friedhof einer kleinen linksrheinischen jüdischen Gemeinde in der Nähe von Köln, dort, wo die Römer waren. Sie bestand neben etlichen anderen jüdischen Gemeinden in diesem Gebiet bereits lange Zeit, ehe das Christentum Deutschland erreicht hatte. Es handelt sich also nicht nur um große Gemeinden wie die in Worms, Speyer oder Köln, sondern auch um kleine Gemeinden in Marktflecken und Dörfern, die fast zweitausend Jahre Bestand hatten und während dieser Zeit oft mörderische Schrecken und Untaten erlitten; erwähnt seien hier nur die Kreuzzüge des Gottfried von Bouillon. Dennoch blieben sie am Ort und waren über all die Jahre hinweg Bürger ei-

ner gleichen Gemeinschaft, Mitbürger. Nach den letzten Schrecken des Kreuzzuges wuchs sogar ein allmähliches Verständnis der katholischen Bürger dieser Gemeinden und es keimte die gegenseitige Einsicht auf, daß man miteinander leben mußte, leben konnte. Heinrich Böll schreibt: „Sie sprachen plattdeutsch wie die anderen, sie turnten im gleichen Turnverein, spielten im gleichen Sportverein, waren Händler, Krämer, Handwerker im gleichen Bereich, waren stolz, dem Vaterland in Stunden der Gefahr helfen zu können, denn sie wurden Soldaten, kämpften, fielen, wurden verwundet oder kamen heim, genauso wie die anderen, die sich Christen nannten. Sie waren gut und schlecht, wie ihre Nachbarn auch. Und sie mußten nicht erst irgendwo heimisch werden - sie waren es seit zweitausend Jahren.“

Rechtsrheinisch, bis nach Erfurt hinauf, kann man nicht von zweitausend Jahren sprechen, aber gute tausend Jahre sind es doch. Und tausend Jahre sind eine lange Zeit, in der die Menschen bis auf den einen wichtigen Glaubensunterschied dennoch miteinander lebten und nach der Assimilation auch als Staatsbürger gleichberechtigt versuchten, ihren Weg zu gehen. Dennoch kam es immer wieder zu Konflikten, im katholischen Bereich gelegentlich bei der Karfreitag-Liturgie, viel stärker dagegen im Protestantismus, wo es mindestens seit Ende des letzten und im Übergang zu diesem Jahrhundert eine antisemitische, antijudaistische Position gegeben hatte.

Dreiunddreißig kam nicht von ungefähr, war nicht nur Rassenwahn, sondern Ergebnis eines langen geschichtlichen Prozesses. Und wenn ich an die kleine Broschüre von Böll denke, dann die Ausstellung der Rudolstädter JUDAICA und des jüdischen Friedhofs Rödelsee betrachte und dort den jüdischen Friedhof in Erfurt sehe, geschändet im Jahre 1926, dann wird deutlich, daß der christliche wie auch der ökonomische und später nationale Antisemitismus nicht erst mit dem 30. Januar 1933 ihre sichtbaren Zeichen gesetzt haben.

Mit diesem Teil Vergangenheit müssen wir fertig werden, wir Deutschen, ebenso wie die Juden auch; die Juden, die unter uns leben, aber auch die, die im Staate Israel sind und, was viele häufig übersehen, diejenigen, die sich in der jüdischen Diaspora befinden - es sind mehr Menschen, als in Israel - und uns aus guten Gründen, manchmal aber auch in Unkenntnis, mit Mißtrauen begegnen.

Wir wissen um den Einfluß der jüdischen Gemeinden an der Ost- und Westküste Amerikas, wir wissen ebenso, was in Washington geschieht; wir kennen auch die Lage in Mittelamerika, wo die Juden in einer für sie sehr schwierigen Zeit - durch uns verfolgt - Aufnahme fanden. Sie blicken natürlich in einem doppelten Sinn auf Israel wie auf die alte Heimat; auf das also, was hier in Europa geschieht. Sie schauen nicht allein auf Deutschland, sondern auch auf Polen, auf Rußland und die Ukraine; und sie haben auch nicht vergessen, daß es im Baltikum nicht vorwiegend die Deutschen waren, die Juden umbrachten, sondern die Völker dort. Nein, es ist nicht die Reduzierung auf Deutschland allein, aber uns, die wir Deutsche sind und die wir für unser Volk stehen, muß bewußt sein, daß da nicht Verbrechen geschehen sind „Im deutschen Namen“, sondern Verbrechen von Deutschen - bewußt oder dulddend hinnehmend. Auschwitz wäre nie möglich gewesen, wenn nicht so viele auch Nicht-Nazis bereit gewesen wären, die Transportkette zu ermöglichen, die Arbeitsmöglichkeiten für die Häftlinge sicherzustellen und wegzuschauen.

Es gibt nur wenige von den Älteren, die sagen können, sie hätten keine brennenden Gotteshäuser gesehen. Ich kenne den Brand der Synagoge meiner Heimatstadt Bremen; ich war damals zehn. Ich weiß, was im jüdischen Altersheim geschehen ist und ich meine, daß wir uns diesen Teil der Vergangenheitsbewältigung nicht von anderen aufnötigen lassen sollten; damit müssen wir selbst fertigwerden. Wir müssen wissen, was geschehen ist, was wir zu tun haben und was wir weitertragen wollen. Ich sage das auch im Verhältnis zu meinem Sohn, der jetzt Mitte dreißig ist: ich will eine Schuld, für die ich mich mitverantwortlich fühle, nicht auf eine Generation übertragen, die nichts damit zu tun hatte. Ich möchte nur, daß diese und nachfolgende Generationen nicht vergessen, was geschehen ist, um zu verhindern, daß so etwas jemals wieder möglich wird. Und ich möchte, daß wir alle gemeinsam dabei mithelfen, den jüdischen Menschen bei uns - so weit sie es wollen und soweit sie es verkraften - eine neue Heimat zu geben. Aber vor allen ist es notwendig, das Refugium aller* Juden in der Welt, den Staat Israel, so abzusichern, daß ein völkerrechtliches Objekt verankert ist, welches, wenn immer Juden bedroht sind, nur weil sie Juden sind, in der Weltgemeinschaft seinen Platz hat, um für die eigenen Glaubensgenossen einzutreten. So wie wir alle auch unsererseits unsere Völkerrechtsobjekte besitzen, die für uns einzutreten haben.

Nach 1945 haben wir uns bei der Bildung der westdeutschen Bundesrepublik nicht allein aus freien Stücken, sondern auch zum Erwerb unserer Souveränität daran gemacht, nach materiellen Lösungen zu suchen, um den jüdischen Bürgern, soweit es materiell ging, Gerechtigkeit widerfahren zu lassen und dem Staat Israel, der ja diejenigen mitzubedenken hatte, die nicht wiederkamen, die Chance zu geben, sich demokratisch zu entwickeln und zwar in einer Zeit der permanenten Gefahr, die seitens

der arabischen Nachbarn auf ihn einstürmte. Konrad Adenauer war es, der sich mit Ben Gurion traf. Sie verständigten sich auf Lösungen für diejenigen, die am Leben geblieben waren, gezeichnet vom Grauen, oder die emigrieren mußten, verjagt worden waren und verdrängt. Sie fanden eine Lösung zugunsten des Staates Israel und seiner Bürger als geringe Entschädigung für die vielen Opfer, die die jüdische Weltgemeinschaft - und hier vor allem die jüdischeuropäische Gemeinschaft - hatte ertragen müssen.

Individuelle Ansprüche, Versorgungsleistungen oder Rückerstattung einmal gestohlenen, enteigneten Eigentums waren das eine. Man verständigte sich damals auf das, was die Bundesrepublik für ihren Teil im Rahmen des gesamten deutschen Bevölkerungsverhältnisses aufzubringen hatte. Die jüdische Seite ging davon aus, daß ein Drittel der Kosten später noch von der DDR zu tragen sein würde - so die heutige Lesart; ein ganzes Drittel konnte es nicht sein bei den gut 17 Millionen Menschen, die hier lebten; es wäre etwas weniger gewesen - aber eins war klar: wenn die DDR die Chance haben würde, diesen Beitrag eines Tages selbst zu leisten, würde sie ihn leisten; und wenn sie dazu nicht in der Lage wäre und es eine Vereinigung gäbe, so würde in diesem Fall der Gesamtstaat mit in die Verantwortung der Geschichte gegenüber eintreten.

Nach langem Streit haben die jüdischen Mitbürger in der damaligen DDR ihre Anerkennung als Opfer des Faschismus gefunden; am Anfang war man entschieden dagegen, sie auch als Gegner des Faschismus zu akzeptieren. Im Endeffekt tat man es aus anderen Gründen, wenn auch immer unter sehr eingeschränkten Bedingungen, Den Staat Israel hat die DDR weitgehend nicht geachtet und geschützt, obwohl der Staat selbst 1946/ 47 bei der Gründung durch die Vereinten Nationen die ersten sieben Zustimmungen aus kommunistischen Ländern erhielt. Der Westen zog einen Tag später nach. Stalin sah damals die Perspektive, die konservativen Könige und Sheiks und die an die westlichen Kolonialmächte angebondenen Kräfte durch ein progressives, linkssozialistisches Israel zu bekämpfen. Israel wurde nicht linkssozialistisch, ging nicht auf kommunistischen Kurs. Aber die arabischen Länder veränderten sich; sie bewegten sich in nationalistische Richtungen. Die Kommunisten sprangen daraufhin von Israel ab, um die neue Nationalbewegung in Arabien zu unterstützen.

Die DDR war stärker als jeder andere Staat rriit der Unterstützung der PLO und all derer verknüpft, die in aktivem Kampf gegen Israel standen. Nach '89 in der ersten Volkskammerwahl, ja schon am Ende der Regierung Modrow, gab es dann die Entscheidung derer, die sich in der DDR durchgesetzt hatten: der Neuanfang muß mit einer eindeutigen, klaren Positionsbeschreibung zu Israel beginnen. Eine sehr saubere, würdige und beachtete Positionsbeschreibung, das darf gesagt werden. Als dann die materiellen Leistungen einsetzen sollten, kam der Vereinigungsvertrag zustande. Es wäre kaum vorstellbar gewesen, daß in diesem Moment die Ausscheidenden aus der Volkskammer darüber hätten entscheiden müssen, wag die anderen im Bundestag später finanzieren sollten. So steht rfbch heute in Israel die Frage im Raum: Was kommt eigentlich aus dem Teil Deutschlands, der damals - nicht aus Gründen, was die Bevölkerung anbelangte, aber aus Gründen, was Regierung und Staatsapparat betraf - nicht bereit war, auf unserer Seite zu stehen?

Die Frage ist noch nicht beantwortet. Sie ist auch nicht von einer weitere Frage zu trennen, unter der wir aktuell leiden. 1933, 1935, 1936 und 1938 haben viele jüdische Bürger unser Land verlassen; sie mußten ihren Besitz nach den damaligen Gesetzen - am Ende immer spärlicher erstattet - an arische Bürger verkaufen; was immer „arisch“ heißen mag bei unserem Mischvolk. In dieser Zeit haben sie für das, was sie bisher erworben hatten, zu Unrecht wenig, manchmal viel zu wenig oder gar nichts bekommen, und nach 1938 war alles weg. Es gibt nun Menschen, die nach deutschem Recht, nach Bundesrecht, Anspruch auf Rückerstattung haben - ebenso wie auch frühere DDR-Bürger, die enteignet worden sind. Sie erleben nun, daß Grundstücke, die damals von 1933 bis 1938 - ich rede nicht von späteren Vorfällen - einkassiert wurden, zwischenzeitlich zwei- oder dreimal veräußert worden sind oder der Verstaatlichung in der DDR anheimfielen. Nun sagen einige der jetzigen Besitzer, sie hätten das Objekt in gutem Glauben erworben; andere wieder beim zweiten, dritten Mal: ich wußte gar nicht, daß es sich um fremdes Eigentum handelte. Ich habe voll bezahlt; wieso greift jetzt ein anderer auf mein Grundstück zu? Bei den deutschen Eigentumsvorstellungen ist das eine der brisantesten Fragen, die man stellen kann, viel gefährlicher, als Demokratie und Rechtsstaat zu bezweifeln. Mit dieser Angelegenheit müssen wir uns auseinandersetzen. Allerdings sind die Menschen, die Anspruch auf Rückerstattung haben, soweit sie noch leben und wirklich noch selbst Eigentümer waren, heute im biblischen Alter. Wenn alle Vorgänge vor der Verwaltung und den Gerichten aufgeklärt und die Ansprüche durchgesetzt sein werden, lebt keiner mehr von ihnen.

Es gibt auch einige Grundstücke in Erfurt, die darunterfallen. Unsere Hoffnung ist, daß es uns gelingt, bei den Regierenden in den neuen Bundesländern und den Kommunen einen Weg zu finden, zumindest die Rückerstattungsansprüche in der Reihenfolge so zu bearbeiten, daß die Ältesten ihren Anspruch nicht nur zuerst darlegen können, sondern daß wir auch zuerst darüber entscheiden. Das geht

nicht alles in ein oder zwei Jahren; das wäre eine Überforderung und ich würde sagen: wer das verspricht, lügt.

Die Frage nach der Moral von heute hängt damit zusammen, wie wir mit den Konsequenzen der Unmoral von gestern umgehen. Das, was ich hier in Bezug auf die jüdischen Bürger sagte, verrete ich auch in Westdeutschland im Verhältnis zu den früheren Staatsbürgern der DDR, die gehen mußten und ihr Eigentum notgedrungen daließen. Auch hier muß es eine chronologische Alters-Lösung geben. Dies zur Vergangenheit.

Aber diese Vergangenheit holt uns immer wieder ein. In den Diskussionen mit dem Zentralrat der Juden in Deutschland, mit Bubis und anderen, steht eine bedeutende Frage im Mittelpunkt: die nach der Gerechtigkeit. Es geht hier nicht um die „große Kompanie“, es geht um Menschen.

Die Frage lautet einfach: Was tut ihr? Unser Umgang mit der Geschichte, die Tatsache, wie wir zu unserer Geschichte stehen und welche Antworten wir finden, wird auch betrachtet und beurteilt von unseren Nachbarn im Westen wie im Osten, im Norden wie im Süden. Denn manche von denen, die uns heute beäugen - um das Wort „mißtrauisch“ nicht zu verwenden - hatten schon damals während der Verhandlungen zwischen den vier großen Siegermächten und den beiden deutschen Staaten Sorge, daß ein vereinigt Deutschland die besonderen Ängste und Sorgen Europas vergessen könnte. Ich bin da mit dem Bundeskanzler der Auffassung, daß die Chance, als geachtete Nachbarn

In Europa mit den Nachbarn zu leben, nicht aus unserer wirtschaftlichen Stärke oder nationalen Bedeutung begründet werden kann, sondern allein durch den Beitrag, den wir gemeinsam zu leisten bereit sind, damit Europa gemeinsam wachsen kann.

Mißtrauen beseitigen wir nur, wenn andere sehen können, was wir tun und im Gegenzug auch die Taten der anderen transparent sind. Das war die Chance, die wir im Westen genutzt haben, als wir noch allein waren. Heute müssen wir unser Wissen darum klar legen - ich sage es an dieser Stelle als evangelischer Christ -, daß die Wiedervereinigung nicht Verdienst sondern Gnade war und uns eine Verantwortung daraus erwächst, unsern Nachbarn jetzt zu beweisen, daß wir Europäer sind. Und daß wir im europäischen Kontext wissen, was bei uns geschehen ist, ebenso wie wir auch wissen, was in anderen Fällen geschah; daß wir nicht gesenkten Hauptes durch die Welt laufen, aber daß wir auch deutlich keinen Schlußstrich unter eine Geschichte ziehen wollen, die unser Volk im Guten wie im Negativen geformt hat.

Zum zweiten: Haben wir eigentlich alles richtig gesehen, was sich in den Jahren nach 1945 im Nahen Osten abspielte? Wenn ich jetzt „wir“ sage, bitte ich um Verzeihung, daß ich eine westdeutsche Sicht vortrage, denn ich kann schlecht von einem „wir“ aus der ostdeutschen Sicht sprechen. Die großen Absprachen von Konrad Adenauer und Ben Gurion, die uns am Ende die Souveränität und ebenso einen Teil der Entlastung brachten - der Akzeptanz dessen, was geschehen war - waren auch bei uns nicht einfach durchzusetzen. Konrad Adenauer konnte die Zusagen geben, weil er wußte, daß damals zumindest die Opposition geschlossen dahinter stehen würde, was seine eigenen Freunde nur zur Hälfte taten. Er erlebte das, was Begin später bei dem Friedensschluß mit Ägypten erfuhr. Sei es, wie es sei: wir fanden eine ausreichende Mehrheit im deutschen Bundestag. Wir konnten aufgrund dieser Entscheidungen diplomatische Beziehungen zu Israel aufnehmen. Wir waren uns auf beiden Seiten einig, daß diese Beziehungen nicht schlichtweg normalen diplomatischen Charakter tragen können, sondern daß die Feuer und der Rauch der Schoah über diesen Verträgen steht und wir so mit dem jüdischen Volk in Israel verbunden sind. Diese Verbindung äußert sich nicht in der Akzeptanz der Tatsache, daß Forderungen von Jerusalem gestellt werden und wir diejenigen sind, die sie zu begleichen haben; wir müssen durch konkrete Maßnahmen deutlich machen, daß wir aus dem eigenen Erlebnis her für die Existenz der jüdischen Heimstatt mitverantwortlich sind.

Israel war eine Gründung aus der zionistischen Glaubensbewegung heraus, aus politischem Bewußtsein. Israel wurde nicht gegründet wegen Auschwitz und der Verfolgung in Europa; aber die Opfer, die Überlebenden von Auschwitz, fanden ihre einzige Zuflucht in diesem Land, so wie später die Juden von Euphrat und Tigris, aus Bagdad, aus dem Irak, aus Syrien und anderen Teilen der arabischen Welt. Die Idee Israels wurde am Ende des letzten Jahrhunderts geboren. Ihre Realisierung war fatalerweise nur möglich durch Holocaust oder Schoah. Daher besteht auch in der israelischen Politik eine permanente innere Zerrissenheit. Soll Israel seine 'eigene Existenz von der Schoah und von Auschwitz her begründen oder vom Zionismus? Soll es die Größe der Idee begründen, ins Land der Väter zurückzukehren, um dann zu sagen: wir hatten aber zwei große Obhut-Aufgaben: einmal den Rest der Juden aus Europa zu retten, die von den Nazis verfolgt wurden, und dann die bedrohten Juden aus den arabischen Ländern ins Land zu holen, damit wir das Land der Väter gemeinsam aufbauen können?

In der zeitlichen Abfolge von jeweils zehn Jahren veränderten sich die Schwerpunkte in Israel, auch aus innenpolitischen Gründen, da nach einer gewissen Zeit keiner mehr von dem reden wollte, was in Europa passiert war und die Jüngeren den Älteren die Frage stellten: Warum habt ihr euch abschlichten lassen? Warum habt ihr nicht gekämpft? Sie konnten nicht begreifen, daß die Lage in einer Industriegesellschaft, wie wir sie hatten, mit den Vernichtungsmitteln eines diktatorischen Staates, ganz anders aussieht. Unablässig wurde und wird nach Begründungen gesucht, nach einer Orientierung. Im Augenblick ist es wieder ganz klar, befinden sich Schoah und Auschwitz wieder im Bewußtsein, nachdem im Golfkrieg das Territorium Israels, die Städte Haifa und Tel Aviv, mit Scud-Raketen angegriffen wurden. In der großen Sorge, es könnte Gas dabei sein, brach vieles an verkrusteten Wunden wieder auf, entstand wieder traumatisches Bewußtsein bei den Menschen, die dem Holocaust gerade entkommen waren.

Ich selbst war zweimal drüben in der Zeit des Krieges. Ich war in Tel Aviv, in Haifa und auch in Jerusalem. Ich habe in Jerusalem nicht übernachtet, da es in Israel damals den Grundsatz gab: die Feiglinge gehen nach Jerusalem. Auf Jerusalem wurde nicht geschossen, weil Araber dort leben. Ich habe Freunde erlebt, die ich aus vielen Begegnungen kannte, von denen eine Großmutter Treblinka überlebt hatte. Sie setzte ihrer Enkelin eine Gasmasken auf, als Alarm kam. Ich habe die Augen und das Gesicht der Großmutter gesehen. Es gab nicht mehr viel zu reden an diesem und am nächsten Tag, weil ich begriff, was da neu aufbrach an Erinnerung und wie schwer es für sie sein mußte, mit mir so weiterzusprechen, wie in den Jahren zuvor. Das Wissen darum macht deutlich, was eigentlich bei diesem Golfkrieg passierte. Israel hat seit 1947 gekämpft, im Freiheitskrieg, im Sechstagekrieg - vorher gab es noch das Suez-Abenteuer, wo die Israelis von den Franzosen und Engländern hereingelegt wurden; es kam der Jörn Kippur-Krieg, es kam der falsche Libanon-Einsatz, es gab die Auseinandersetzung bis hin zur Intifada.

Dies alles wurde uns nicht mehr angelastet, bis im Golfkrieg die Angst hochstieg, daß das Giftgas, was unter Umständen von Saddam Hussein eingesetzt werden sollte, aus deutscher Fabrikation kam und die Waffen von deutschen Ingenieuren hergestellt wurden; im ersten Fall von Westdeutschen, im zweiten von Ostdeutschen. Dies alles muß man wissen. Man muß wissen, daß auch wir uns damals darum bemüht haben, unsere Partner in Israel davon zu überzeugen, ihre gut gerüstete Armee mit hervorragenden elektronischen Mitteln - so schwer es für sie sein würde - *nicht* einzuschalten; um die Raketenbedrohung abzuwehren, auch um eine arabische Anti-Husseins-Koalition zusammenzuhalten. Das konnten wir nicht umsonst von ihnen fordern; wir haben dafür materiell und auch in Abwehrsystemen von Militärs geholfen.

Zum ersten Mal nach den Freiheitskriegen antwortete Israel auf die militärische Aggression eines arabischen Nachbarn nicht mit militärischen Mitteln, obwohl es dazu in der Lage war. Israel wollte den Konflikt nicht weiter ausufern lassen und darüberhinaus dem Westen eine Chance geben, mit arabischen Nachbarn neue Wege zu erschließen, die hinterher vielleicht auch zu einer Friedenslösung im Nahen Osten führen konnten. Und das alles, obwohl Israel West wie Ost seit Jahren vor einer Aufrüstung Iraks gewarnt hatte. Israels Hinweis, daß man den Teufel nicht mit dem Beelzebub austreiben könne und wegen der Bedrohung aus Teheran den Mann in Bagdad nicht hochrücken dürfe, fiel einem Spiel des Westens wie des Ostens anheim, dem Spiel mit dem Feuer - mit schrecklichen Folgen nicht nur für die Kuwaitis, nicht nur für viele traumatisierte Menschen in Israel, sondern auch für Hunderttausende im Irak. Und die Absicht, Saddam Hussein zu stürzen, dem Kriegstreiber und den Gewalttätern von Bagdad die Möglichkeit zu nehmen, den Prozeß einer Friedensregelung im Nahen Osten zu beeinflussen, ist ja wohl auch nicht zu einem Erfolg umgeschlagen. Saddams Reden erst wieder vor einigen Tagen lassen jedenfalls nicht erkennen, daß friedensstabilisierende Anstöße vom Land zwischen Euphrat und Tigris ausgehen. Ganz im Gegenteil.

Ist auch im Augenblick Israel nicht davon betroffen, so leiden darunter Schiiten im Süden des Iraks wie Kurden im Norden. Und wer wie Hussein die Niederlage, ja die Katastrophe für sein Volk zum moralischen Sieg der arabischen Welt über den industrialisierten Westen uminterpretiert, bleibt bei dem Versuch, die arabischen Massen weiterhin mit drei Losungen aufzuputzen:

- das Öl gehört nicht den korrupten Scheichen und Königen, sondern den arabischen Massen
- die alten Führungen haben die Ungläubigen in unser Land geholt, um ihre höchstpersönlichen Interessen zu verteidigen
- die alten Führungsschichten haben uns im Kampf um Palästina verraten

Hier handelt es sich sowohl um eine ökonomische, als auch um eine religiös-fundamentalistische und eine nationalistische Kampfansage. Jede einzelne allein ist schon geeignet, im Osten bei den breiten verarmten Massen Einfluß zu gewinnen. Alle drei zusammen können verheerende Wirkungen haben.

Im Sozialökonomischen erleben jetzt besonders die Ölförderstaaten, daß es Unruhe unter den Gastarbeitern gibt, die sie ins Land geholt haben; sie wissen aber, nicht genau, wie sie ihr Land ohne Gastarbeiter gestalten wollen. Die religiös-fundamentalistische Position ist ganz eindeutig in den Bruderschaften der verschiedenen Richtungen der arabisch-schiitischen Bewegungen zu spüren und die dritte Position, die nationalistische, tat ihre Wirkung bei den Verarmten in der West-Bank und im Gaza-Streifen, wie außerhalb; denn was soll eine junge Generation einer arabischen Nation von ihrem Leben erwarten, wenn sie seit fünfundzwanzig Jahren eine Besatzungsmacht erlebt und die Arbeitslosenzahlen bei den Jüngeren bis zu sechzig Prozent steigen? Sie haben alle vergessen, wie die ägyptische Militärpolizei im Gaza-Streifen gehaust hat, als Ägypter dort waren. Sie wissen nicht mehr, daß fünfundzwanzig Jahre lang arabische Staaten in den besetzten Gebieten waren. Sie hätten bis 1967 einen eigenen Staat ausrufen können. Sie haben es nicht getan, da alle arabischen Staaten um Israel herum ihr besonderes Eigeninteresse hatten. Syrien beansprucht noch heute Palästina als „Südsyrien“, weil es in der osmanischen Zeit einmal so gewesen war. Jordanien fordert einen größeren Bereich, um Transjordanien zu entwickeln. Ägypten hat inzwischen darauf verzichtet, die alten ägyptischen Grenzen zu Zeiten der Könige von Saba wieder zu errichten, weil die Philister - das meint den Gaza-Streifen - auch für sie so problematisch geworden sind, daß sie in den Camp David-Verhandlungen auf die Entgegennahme Gazas verzichteten. Es handelte sich aber 1946/ 47 um eine der Ursachen für den Einmarsch der ägyptischen Armee.

Die Antwort war früh erkannt. Wenn es uns, der „freien Welt“, nicht gelingt, in und um Israel neue Möglichkeiten zur Stabilisierung der Menschen in gesicherten Heimen, in gesicherten Orten mit Perspektiven für die Zukunft zu schaffen, sodaß sich Armut und Arbeitslosigkeit auf einer für den arabischen Bereich „normalen“ Ebene bewegen und nicht den Status von Sonderproblemen in diesen Bereichen bekommen, wird es keinen Frieden geben können. Jede verarmte Masse ist durch Haß hochzubringen, und wenn man schon die eigenen Führer nicht beschuldigen kann, nicht aufgepaßt zu haben, dann bietet sich eben Israel als permanenter Gegner in doppelter Weise an: als der westlich orientierte industrielle Staat gegenüber dem arabischen Kulturstaat und religiöser Gegensatz zur islamischen Welt ebenso wie im Gegensatz zu nationalistischen Positionen, wie sie in Damaskus oder in Bagdad zu Hause sind. In allen Bereichen blieben die Angriffspunkte erhalten. Und das Kampfgeschrei gegen Israel - oder für die Befreiung Palästinas, je nachdem, wie man es formulieren will - hat in unseren Medien, in Ost wie West, leider nie einen ausreichenden Hintergrund gefunden, nie eine hinreichende Beschreibung dessen, was wirklich dort gespielt wurde.

Nach dem Golfkrieg erwuchs dann doch die Chance, mit Ausnahme des Iraks und des Irans - aber Iran war 1946/ 47 nicht beteiligt - alle diejenigen an einem Tisch zu versammeln, die in den Konflikten seit 1946/ 47 um Israel gerungen haben. Das war das Verdienst der Amerikaner, wobei sie in den Russen Unterstützung fanden. Man traf sich in Madrid. Zum ersten Mal in der Geschichte seit 1946 haben arabische und israelische Vertreter face to face miteinander gesprochen. Früher wurde immer nur über Vermittler gearbeitet. Auch der Friedensvertrag mit Ägypten entstand unter Vermittlung der Vereinigten Staaten von Amerika. Dies alles ist in Madrid zerbrochen. Man sprach; es war ungemein schwierig, sich näherzukommen. Und in diesem Zusammenhang fragen die Israelis: was ist uns eigentlich alles versprochen worden, um zwischen dem 2. August 1990 und den Januartagen 91 im Golfkrieg nicht zu den Waffen zu greifen? Was wurde davon eingehalten? Wie sollen wir den beginnenden Zerfall der Anti-Husseini-Koalition hinnehmen und zulassen, daß die alten Dinge wieder zutage treten? Was wurde uns eigentlich bei der UNO-Aktion zugesagt? Und was haben wir zu tun versprochen, wenn es zu einem Gespräch mit den Nachbarn kommen würde?

Versprochen wurde eine „neue Weltordnung“. Eine Friedensregelung mit fairen Bedingungen. Eine Auflösung der Isolation des israelischen Staates in der Weltgemeinschaft war zugesagt, und eine wirkliche Chance der Zusammenarbeit für den Nahen Osten sollte gemeinsam erarbeitet werden. Nichts - nein, fast nichts - ist konkret in diesen ersten Monaten herausgekommen; das einzige Ergebnis war, daß die Vereinten Nationen die Rücknahme des Anti-Zionisten-Beschlusses verfügten, die sie im „Großen Streitfall“ nach Jörn Kippur beschlossen hatten. Ansonsten schien alles wieder in die alten Probleme zurückzufallen. Eine „neue Weltordnung“, die Bush fest zugesagt hatte, scheiterte aus vielfachen Gründen nicht nur am Nahen Osten. Ein ernsthaftes Aufgeben der Isolierung Israels etwa im arabischen Raum fand - mit Ausnahme von Ägypten - nicht statt. Inzwischen bröckelt es dort. Eine wirkliche Gesamtansprache der Probleme des Nahen Ostens schien aber dennoch auf weite Ferne verlagert zu sein.

Das große übergreifende Problem im Nahen Osten ist Wasser. Die arabische Halbinsel besitzt zu wenig Wasser; sie braucht Wasser, sie braucht Lösungen, um das gesamte große Land zu entwickeln, und die Ölförderstaaten werden nicht in genügendem Maße im Verbrauch ihrer Ölressourcen die Umwandlung in Wasser vornehmen können. Wasser gibt es im türkischen Südanatolien. Die Türkei benutzt das Wasser als politisches Instrument, so wie die arabischen Staaten Öl als politisches Druckmit-

tel einsetzen. Auf die Aussage: „Wasser ist eine Gottesgabe“ wird mit dem Argument gekontert: „Wenn Wasser eine Gottesgabe ist, dann ist Öl es auch“.

In dieser Region gibt es noch eine andere Antwort. 1917 versprachen vor allem die Engländer und Franzosen den Israelis die eigene Heimstatt, wenn die jüdische Welt gemeinsam mit ihnen gegen die Mittelmächte stehen würde. Zur gleichen Zeit versprachen sie der arabischen Welt die Machbarkeit Großarabiens, unter der Voraussetzung des gemeinsamen Kampfes gegen das Osmanische Imperium. Sie versprachen den Kurden ebenfalls 1917 Kurdistan, wenn sie gegen das Osmanische Imperium angehen würden. Um in einem Geheimvertrag zwischen Paris und London abzusprechen: Nichts davon gilt; wir lösen die Probleme auf alte Art. Drei betrogene Völker in diesem Bereich: Juden, Araber und Kurden. Daß sie den Europäern heute nicht mehr glauben, Antworten zu finden, kann man verstehen. Daher waren für sie die Amerikaner und Russen, die beide in dem Geschäft 1917 nicht beteiligt waren, die glaubwürdigeren Partner. Aber nachdem sich die globale weltübergreifende Spannung gelöst hat, die Russen nicht mehr die gleiche Rolle spielen und die Amerikaner es allein machen sollen, ist eine Lösung ungemein schwer. Zu dem, was angegangen werden muß, gehört unmittelbar an der Grenze von Israel das Libanon-Problem; heute ein Protektorat der Syrer. Soll es Protektorat bleiben? Kann Libanon wieder selbständig werden? Sind die alten Bedingungen des Zusammenlebens verschiedener Volks- und Religionsgruppen heute möglich? Die Bevölkerung hat sich völlig verändert. Die ärmeren Schiiten haben sehr viel mehr Kinder als die reicheren Christen oder die Drusen. Die Zahlenwerte von 1920 und 1924 stimmen eben nicht mehr.

Es gibt eine Fülle von Problemen. Das Verhältnis zwischen Palästina und Israel ist nur eins davon. Zugegeben: es ist am besten gegen jemanden zu instrumentalisieren. Aber um Frieden zu schaffen im Nahen Osten muß alles angegangen werden. Hier zeigen sich jetzt neuerdings zum ersten Mal Ansätze für Gespräche. Die Tatsache, daß zum ersten Mal Beteiligte von 1946 miteinander sprechen, um nach einer Friedenslösung zu suchen, ist ein entscheidender Schritt. Das Autonomieabkommen, was jetzt geschlossen wurde oder in der Ausformung ist zwischen der israelischen Regierung und der PLO als eine der führenden Kräfte in den besetzten Gebieten, ist von fundamentaler Bedeutung; es ist unumkehrbar. Wer ein solches Abkommen unterschrieben hat, kann nicht mehr sagen: Ich rede nicht mit euch. Das war auch der entscheidende Durchbruch damals beim Friedensvertrag zwischen Ägypten und Israel. Doch es werden noch viele Probleme dabei entstehen. Es gibt wichtige Fakten, die nicht behandelt worden sind: wann wird über Jericho hinaus ein größerer Bereich in die Autonomie miteingehen und wie werden im Zuge dieser Autonomie die jüdischen Siedlungen aussehen, die in diesem Bereich liegen? Hier handelt es sich nicht um den Gaza-Streifen, sondern das sind die wirklich zentralen Fragen von Judäa. Wie steht es mit dem Rückkehrrecht von arabischen Flüchtlingen, zunächst nur in die West-Bank? Die arabische Welt besitzt die Vorstellung, es gäbe ein Rückkehrrecht in die Wohn- und Gebietsteile, in denen die arabische Bevölkerung bis 1947 gelebt hat, bevor sie während des Befreiungskriegs geflohen ist. Hier hat die internationale Welt signalisiert, sie würde diese Frage nicht weiter diskutieren, da solch eine Diskussion über die Rückkehr in die alte Heimat Folgen für ganz Europa und einen Teil von Asien hätte. Aber das Gespräch über die „Rückkehr in die besetzten Gebiete“ ist von großer Wichtigkeit.

All das wird überhaupt nur möglich sein, wenn man auf der einen Seite der arabischen Autonomieentwicklung mit Jaser Arafat die Chance gibt, sich durchzusetzen. Im Augenblick sieht er schon, wie ein Teil seiner Freunde weggemordet wird, so wie seit 1928, 1929 und 1935 die moderaten arabischen Kräfte in Jerusalem von den aggressiven Positionen um die Großmufti ermordet wurden. Arafat braucht einen eigenen Verband, der für Sicherheit garantiert - und er baut eine solche Polizeitruppe ja auch auf, mit Unterstützung von Jordanien und anderen. Möglicherweise ist das eine Gruppe, die in der Lage ist, dem Morden in Gaza und in der West-Bank Einhalt zu gebieten. Eins haben alle gemeinsam: da wird kaum einer sein, der nicht einige Jahre im Gefängnis gesessen hat - bei den Israelis. Aber die meisten von ihnen wollen Frieden.

In den Auseinandersetzungen wird es viele Stockungen geben, aber wir werden uns im Nahen Osten daran gewöhnen müssen, daß Stockungen oder Unterbrechungen nicht notwendigerweise das Ende von Verhandlungen bedeuten müssen. Die Verschiebungen der weiteren Nahost-Verhandlungen mit Israel im Augenblick sind problematisch, aber sie entsprechen auch einer Diskussion: wer ist nach dem Führer in Ägypten, Mubarak, die Nummer zwei in der arabischen Welt? Ist es Assad in Damaskus, ist es der Mann von Bagdad, spielt der jordanische König eine Rolle oder gibt es neue Bewegungen, etwa im fundamentalistischen Bereich, die ein eigenes Gewicht bekommen werden?

Im Zuge dieser Verhandlungen ist etwas einzigartiges geschehen. Man hat in Oslo ein Abkommen ausgehandelt, von dem keine Seite etwas erfuhr. In einer so geschwätzigen Welt, in der wir heute leben, und einem mindestens so geschwätzigen Morgenland ist das eine erstaunliche Leistung. Sie hat sowohl der PLO als auch der israelischen Regierung nicht nur Freunde eingebracht - weil Freunde

beider Seiten sich düpiert fühlen. Ich kann beiden Seiten nur ein Kompliment machen. Wäre dieser Schritt vorher publiziert worden, so wäre wohl alles in der öffentlichen Diskussion zerredet worden.

Friedensschritte verlangen Konsensbereitschaft unter den Verhandlungspartnern und eine Konsensfähigkeit in der eigenen Bevölkerung. Die gibt es noch nicht uneingeschränkt in Israel und in den arabischen Staaten, aber sie wächst. Sie wächst in erstaunlichem Maße in Israel; bis tief in die Reihen des Likud hinein gibt es den Willen, diesen Weg des Friedens mitzugehen in der Hoffnung, einige Sicherungsfunktionen in der West-Bank um Jerusalem herum und auf dem Golan zu erhalten. Es gibt in der palästinensischen Bewegung eine Zweidrittelmeinung, diesen Weg aufzunehmen; und in dem Augenblick, wo Damaskus bereit ist, einen neuen Weg einzuschlagen, werden sich auch die Neinsager um Damaskus gruppieren und anders orientieren. Mit dem Irak ist in keiner Weise zu rechnen, mit Lybien nur begrenzt. In allen anderen Fällen gibt es Perspektiven. Die einzige Ausnahme bilden die fundamentalistischen Kräfte, die nicht nur allein von Teheran im schiitischen Bereich, sondern neuerdings vom Sudan her eine andere Position aufziehen.

Aber ich meine, wir sollten nicht nur auf die fundamentalistischen Kräfte im Islam achten. Es gibt solche Kräfte, die nicht konsensfähig sind, auch im jüdischen und im christlichen Bereich. Das Eigentümliche des Fundamentalismus ist das vermeintliche Wissen um das, was richtig ist, um die letzte Antwort. Wenn ich weiß, was richtig und was die letzte Antwort ist, kann ich keine Kompromisse eingehen. Diese Rückkehr zu dem in sich eng begrenzten, aber tragfähigen Glaubensbezug haben wir in der Welt während der letzten zweitausend Jahre immer dann erlebt, wenn die Welt in Unruhe geriet. Eine der Antworten auf ein Aufbrechen bisher fester Positionen zu neuen Ufern war auch die Rückkehr zu ganz alten Ufern. Die europäische Geschichte kann genügend Beispiele liefern.

Was ich sagen kann, ist eins: die deutsche Bundesregierung wird - ganz gleich, wer hinter ihr steht - gemeinsam mit der Opposition alles tun, um mit Hilfe der europäischen Gemeinschaft in und um Israel materielle Möglichkeiten für Infrastruktur- und andere Verbesserungen zu schaffen, damit den Menschen eine sichtbare Perspektive eines neuen und besseren Lebens vor Augen steht. Nur diese Perspektive verhindert die Ausbreitung des Hasses. Nur so können wir Europäer auch einen Beitrag leisten, der neuen Frieden schaffen kann. Wir tun es nicht nur um der geplagten jüdischen Menschen oder um der geschundenen Araber in der West-Bank und im Gaza-Streifen willen; wir tun es auch zur Sicherheit Europas. Wenn es an den Ölfeldern Arabiens brennt, ist Europa nicht mehr sicher. Und aus diesem Grunde können die einen von den prinzipiellen demokratischen Grundpositionen ausgehen, die andern meinetwegen von ihren Interessen - beides greift in diesem Fall ineinander über. Von daher sind wir gut beraten, solch einen Weg zu gehen, ihn in Europa gemeinsam durchzusetzen, um dann eine Perspektive zu schaffen, die es uns ermöglicht, auch den arabischen Massen zu verdeutlichen, daß unser geschichtlich notwendiger Einsatz für Israel nicht ein Einsatz gegen sie ist, sondern ein Einsatz für den Frieden, an dem sie mitprofitieren sollen.

Erschienen in:

VIA REGIA – *Blätter für internationale kulturelle Kommunikation* Heft I/ 11 Juni 1993,
herausgegeben vom Europäischen Kultur- und Informationszentrum in Thüringen

Weiterverwendung nur nach ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers

Zur Homepage VIA REGIA: <http://www.via-regia.org>